

INTERNATIONALE ASSOZIATION EHEMALIGER POLITISCHER GEFANGENER
UND OPFER DES KOMMUNISMUS

INTERNATIONAL ASSOCIATION OF FORMER POLITICAL PRISONERS
AND VICTIMS OF COMMUNISM

МЕЖДУНАРОДНАЯ АССОЦИАЦИЯ БЫВШИХ ПОЛИТИЧЕСКИХ
ЗАКЛЮЧЁННЫХ И ЖЕРТВ КОММУНИЗМА



vertreten durch die 13 Opferverbände
beschloss auf dem XXI. Kongress (21. - 24. August 2014)
in Bukarest (Rumänien) die **Inter-Asso** folgende

RESOLUTION

zur Aufarbeitung und zur Erinnerung an die Opfer des Kommunismus

Die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso), gegründet im Jahr 1998 in Berlin, vereint als gemeinnützige Organisationen 13 europäische Opferverbände. Die Inter-Asso fördert, koordiniert und unterstützt diese Opferverbände u.a. in der Dokumentation und Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen und in ihren Forderungen nach juristischer und moralischer Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des Kommunismus. Der Inter-Asso gehören an:

Republik Albanien: Shoqata Antikomuniste e ish të Përndjekurve Politike të Shqipërise (ShASh)
(*Association of anticomunist political prisoners in Albania*)

Bosnien und Herzegowina: Savez udruaga političkih uznika i žrtava komunizma u Bosni i Hercegovini (SUPUŽK) (*Verband der Vereine politischer Häftlinge und Opfer des Kommunismus in Bosnien und Herzegowina*)

Bundesrepublik Deutschland: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Estland: Eesti Endiste Poliitvangide Liit (EEPL)
(*Association of Estonian Former Political Prisoners*)

Republik Kroatien: Hrvatsko društvo političkih zatvorenika (HDPZ)
(*Kroatischer Verein ehemaliger politischer Häftlinge*)

Rumänien: Asociația Foștilor Deținuți Politici din România (AFDPR)
(*Association Former Romanian Political Prisoners*)

Slowakische Republik: Politický väzni Zväz Protikomunistického Odboja (PV ZPKO)
(*Verband des antikomunistischen Widerstands*)

Republik Slowenien: Združenje žrtev komunističnega nasilja (ZŽKN)
(*Verband der Opfer kommunistischer Gewalt*)

Tschechische Republik: Konfederace Politických Vězňů ČR (KPV ČR)
(*Verband der politischen Gefangenen der Republik Tschechien*)

INTER ASSO c/o UOKG • Ruschestr. 103, Haus I • DE-10365 Berlin • Tel. (+49 30) 557793-51

E-Mail: InterAsso3@gmail.com • Internet: www.interasso.de

Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg in Berlin unter Nr. 20083 Nz.

Präsident: Dr. W. - Christian Fuchs (Deutschland; Ehrenpräsident: Jure Knezović (Kroatien);

Beisitzer: Ing. Octav Bjoza (Rumänien); András Dégi (Ungarn); Dr. Ján Košiar (Slowakei); Peteris Simsons (Lettland)

Bankverbindung: Postbank Berlin, Konto: 85 927 103, BLZ: 100 100 10, (IBAN: DE23 1001 0010 0085 9271 03, BIC: PBNKDEFF)



Magyar Politikai Foglyok Szövetsége (POFOSZ)
(*Verband Ungarischer Politischer Gefangener*)

Lettland: Latvijas politiski represēto apvienība (LPRA)
(*Union der politisch Verfolgten Lettlands*)

Litauen: Lietuvos politinių kalinių ir tremtinių sąjunga (LPKTS)
(*Verband der politischen Häftlinge und Verbannten Litauens*)

Moldawien: Asociația Foștilor Deportați și Deținuți Politici din Moldova
(*Verband der Verbannten und politischen Gefangenen aus Moldowa*)

Präambel

25 Jahre nach dem Fall des Kommunismus stellen wir nach wie vor eine ideologische Spaltung des Kontinents fest. Trotz des verbrecherischen Charakters der kommunistischen Ideologie, welche auch durch die Anzahl ihrer Opfer belegt wird, ist es Europa nicht gelungen, das Kapitel seiner jüngsten Geschichte zu bewältigen. Deswegen geben wir unserem Wunsch Ausdruck, dass der Prozess der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, insbesondere durch Bildungsmaßnahmen und demokratische Erinnerungspolitik, fortgesetzt wird.

Die grundlegende Verurteilung totalitärer Ideologien muss im Rahmen von Erinnerungspraktiken geschehen. Doch mit Befremden stellen wir fest, dass nicht in allen Mitgliedsländern nationale Denkmäler für die Opfer des Kommunismus existieren – dies gilt u.a. für Moldowa, Rumänien und Deutschland. So wird in Deutschland, einem Land, das durch sogar zwei totalitäre System geprägt worden ist, bereits seit Jahren über ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft diskutiert, ohne dass eine endgültige politische Entscheidung gefallen wäre. Nationale Mahnmale würden aber eine Auseinandersetzung über die grundlegende Bewertung des Kommunismus befördern, die wir vielerorts in den europäischen Mitgliedstaaten dringend benötigen.

Mit Erstaunen haben wir die auch Pressemeldungen zur Kenntnis nehmen müssen, dass die virtuelle Rekonstruktion von geschredderten und zerrissenen Akten der DDR-Staatsicherheit aus finanziellen Gründen bedroht ist. Diese Akten dokumentieren die minuziöse Überwachung und Repression von DDR-Bürgern. Mit einer eigens dafür entwickelten Software war es möglich, Millionen von Schnipseln digital zusammenzufügen. Wir fordern als Inter-Asso, dass die weitere Rekonstruktion dieser Akten dauerhaft finanziell



gesichert bleibt, denn sie sind die einzige Möglichkeit, den Betroffenen zu ihrem Recht auf Aufklärung, Rehabilitation und Entschädigung zu verhelfen. Die Inter-Asso hat die Rekonstruktion der Akten durch das Fraunhofer Institut in Augenschein nehmen können und weist auf die weit über Deutschland hinausgehende Bedeutung dieses Verfahrens hin.

Forderungen

Auf Grundlage ihres XXI. Kongresses, der Länderberichte und den sich daraus ergebenden Erörterungen fordert die Inter-Asso die

Parlamentarische Versammlung des Europarates, die zuständigen Internationalen Organisationen sowie die UN-Sonderberichterstatter auf

- den Kommunismus öffentlich zu verurteilen und auf eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur hinzuarbeiten

Die nationalen Regierungen und die verantwortlichen Stellen auf

- den Kommunismus öffentlich zu verurteilen **und** diesem Bekenntnis in Form von nationalen Denkmälern in Erinnerung an die Opfer des Kommunismus Ausdruck zu verleihen
- Bildungsmaßnahmen zu ergreifen, die die Gefahr von totalitären Ideologien und Regimen, u.a. der kommunistischen, veranschaulichen
- Die Rekonstruktion der Stasi-Akten dauerhaft finanziell zu sichern, um Betroffenen das Recht auf Rehabilitation und Entschädigung möglich zu machen.

Die europäischen Zivilgesellschaften auf

- aktiv Maßnahmen zu ergreifen, die zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Verfolgungsgeschichte der Opfer der kommunistischen Repressionen beitragen und die Initiativen zu nationalen Denkmälern zu unterstützen